

Berlin, Sonnabend,

den 26. Juli 1913.

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postporto,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Oesterreich 13 Mk. 20 Pf., Ausland
4 Mk. 25 Pf., Seltland 7 Pf. 50 Cts.,
Schweiz 12 Pf. 40 Cts., Dänemark,
Schweden u. Norwegen 9 Pf.

für Frankreich, Belgien, England,
Amerika u. Mexiko, Kreuzband-Verbindung
20 Pf. für das Vierteljahr

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Hogrefe & Co. Ltd.
129 Abchurch Lane E.C. 4. und
Cowie & Co. 19 Broad Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen zum Kurszettel,
Annoncen-Kalender.

Vollständige Ziehungslisten der
Preuss.-K. Klassenlotterie.
Allgemeine Verlosungsstabellen
mit Annoncen-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierzeilige Zeile 60 Pf.
Reklametext 1.20 Mk.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstr. Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-
Abonnements auf beliebige Dauer an unter
täglichem Zusendung der Zeitung in Streifenband;
der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen
Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-
Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen
nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf.,
für die Woche. Bestellungen nimmt die unter-
zeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes
Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte
zu erhalten wünschen, wollen wie folgt ver-
fahren: a) haben sie bei einer Postanstalt
abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt
ihres Wohnortes die Uebersendung ihres
Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei
gleichzeitiger Zahlung der Uebersendungsgebühr
beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung
durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem
die Uebersendung des Exemplars an die Post
unter Zahlung der Uebersendungsgebühr ver-
anlassen.

Die Expedition
der Berliner Börsen-Beitung.
Kronenstr. 37.

Dom Tage.

Nach einer Meldung aus London werden die Bot-
schafter ihren Regierungen eine neue Note an die
Türkei vorzulegen, in der die Worte auf die Not-
wendigkeit, die Grenze Gnos-Midia zu respektieren,
erneut hingewiesen wird.

Aus Belgrad wird von neuen Erfolgen der
serbischen Truppen berichtet; sie fangen jetzt an,
die alte Festung Vubin zu zerstören.

Wie aus Athen gemeldet wird, haben die Bul-
garen Debeagaisch geräumt.

Der französische Senat beschloß auf den Vor-
schlag der Regierung mit 181 gegen 98 Stimmen,
die Diskussion über das Gesetz der dreijährigen
Dienstzeit am nächsten Donnerstag zu beginnen.

Die brasilianischen Präsidentschafts- wahlen.

Die bevorstehende Präsidentschaftswahl in Brasilien
ist nach mehr als einer Richtung interessant, und
ihre voraussichtliche Ausgang wird von großer Be-
deutung für die zukünftige politische Gestaltung des
Landes sein, denn abweichend von europäischen und
nordamerikanischen Parteiverhältnissen kennt man in
Brasilien geschlossene Parteien mit von einander ab-
weichenden politischen Programmen nicht, sondern die
Landesvertreter — die Bundesabgeordneten und die
Senatoren — sind in landsmannschaftliche Verbände
gegliedert, ähnlich den früher an deutschen Universi-
täten üblichen Einteilungen der Studentenchaft. Eine
„bandada“ umfaßt die Angehörigen eines
Staates; an ihrer Spitze steht jedesmal ein be-
sonderer „leader“.

Nun haben sich allerdings in den letzten Jahren,
zur Zeit als der jetzige Präsident Hermes da Fonseca,
diese hervorragende, auch in Deutschland bekannte
Persönlichkeit, dem Dr. Rui Barbosa gegenüberstand,
zwei besondere Parteien gebildet, und zwar steht an

der Spitze der Partei des jetzigen Präsidenten, der
republikanisch-konservativen Partei, der Senator Ge-
neral Pinheiro Machado, an der Spitze der Zivilisten
dagegen ihr Gegner, Dr. Rui Barbosa. Allein
der Umstand, daß der Parteichef der größeren Partei, der
republikanisch-konservativen Partei, Machado, als
Kandidat für die nächste Präsidentschaft auftrat, führte
eine Spaltung in der konservativen Partei herbei,
die zu großen Wirrnissen Anlaß gab. Einen Ausweg
aus diesen Wirrnissen hätte die Anstellung des Aus-
gleichskandidaten, des Senators Dr. Campos Sales,
geboten. Allein das Unglück wollte es, daß dieser
hervorragende Staatsmann starb und alle Hoffnungen,
die auf diese Wahl gesetzt waren, somit vernichtet
wurden.

Starke Gruppen der dissentierenden Partei aus den
verschiedenen Staaten haben sich nun zu den Zibi-
listen geschlagen und sind geneigt, für Dr. Rui Bar-
boza zu stimmen. Wie es scheint, verfügen sie über
die Staaten Sao Paulo, Minas Geraes, Rio de
Janeiro und Bahia, obwohl sie auch hier auf scharfe
Gegensätze stoßen. Immerhin ist zu bedenken, daß
allein die Staaten Minas Geraes und Sao
Paulo über eine große Anzahl Anhänger des
Dr. Rui Barbosa verfügen, während in anderen
Staaten, besonders im Süden, wie Rio Grande
do Sul, in Parana, in St. Katharina,
die Majorität der Wählerchaft auf Seiten des Sena-
tors Pinheiro Machado stehen dürfte. Die größte
Aussicht von beiden Kandidaten hat Barbosa, der
als der größte Rechtsgelehrte Brasiliens gilt und
als Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke
und besonders auch seiner Briefe aus Europa
weit über sein Heimatland hinaus bekannt
und geachtet ist. Trotz des starken Abstandes der
Stimmzahl, die im Jahre 1910 bei der Präsidents-
chaftswahl auf ihn fielen, gegenüber denjenigen
Stimmen, die der jetzige Präsident auf sich vereinigte
(52 000 gegen 102 000) hätte er wohl schon damals
mehr Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn nicht Hermes
da Fonseca überaus vorläufig gewesen wäre.
Diese Volkstümlichkeit verbannte er weniger seiner
Energie, mit der er als Kriegsminister die Armee
organisierte, als vielmehr dem außerordentlich herz-
lichen Empfang, den er als Gast des Deutschen
Kaisers bei den Manövern im Jahre 1908 ge-
funden hatte.

Außerordentlich bezeichnend sind auch die Er-
örterungen, die sich gelegentlich der Anstellung der
Kandidaten an die Person des Ministers des Auswärtigen,
Lauro Müller, knüpften. Lauro Müller, zweifellos
einer der tüchtigsten Männer Brasiliens, wurde unter
denjenigen Persönlichkeiten genannt, die sich an erster
Stelle für die Präsidentschaft qualifizierten. Aber er
selbst schien wenig Neigung zu haben, da er sein Amt
als Minister des Auswärtigen nicht niederlegte, was er
hätte tun müssen, falls er wirklich gewählt gewesen
wäre, als Kandidat anzutreten. Als ihn nun Machado
für die Vizepräsidentschaft in Vorschlag brachte, wurde
Lauro Müller abgelehnt und zwar nur deswegen,
weil eben Machado ihn vorgeschlagen hatte. Bei
dieser Gelegenheit trat so recht die von uns wieder-
holt schon gekennzeichnete Deutschfeindslichkeit ver-
schiedener Luso-Brasilianer in Erscheinung. Besonders
der Deputierte De Freitas, der Vertreter des Staates
Parana, trat aus Gründen, die sich aus der Freunds-
chaft des Staates Parana und des Staates
Katharina, der Heimatprovinz Lauro Müllers, her-
leiten, gegen die Kandidatur Müllers auf und glaubte
ihm als größten Vorwurf seinen deutschen Namen
und seine deutsche Abstammung machen zu sollen. Was er
bei dieser Gelegenheit von der „deutschen Gefahr“
im allgemeinen und von den Absichten des Deutschen
Kaisers im besonderen vorbrachte, gehört so ziemlich
zu dem tollsten Unsinne, der je in der brasilianischen
Kammer gehört worden ist. So behauptete der er-
wähnte Deputierte Parana, daß der Deutsche Kaiser
ein Gesetz erlassen werde, das bestimme, daß alle

in Brasilien geborenen Nachkommen der deutschen
Kolonisten für deutsche Untertanen anzusehen seien.
Wenn auch verschiedene Deputierte energisch für Lauro
Müller eintraten und die Anschuldigungen De Freitas
in das Gebiet der lächerlichsten Fabeln verwiesen, so
läßt sich doch nicht leugnen, daß andererseits eine
große Anzahl von Persönlichkeiten immer wieder
das Thema von der deutschen Gefahr weiterpinnen
und sogar hier Glauben damit finden. Um
so angenehmer aber berührt es auch, daß
gerade in letzter Zeit hervorragende Männer
wiederholt erklärt haben, daß die eingewan-
derten Deutschen die besten Bürger Brasiliens ge-
worden seien und daß sie in hohem Maße zur Ent-
wicklung des Landes beigetragen haben. Sie haben
offen anerkannt, daß der Deutsche lediglich durch
seine Arbeitsamkeit auf brasilianischem Boden prosper-
iert. Erst kürzlich entwarf ein höherer brasilianischer
Offizier in einer Schilderung des Staates Katharina,
der bekanntlich wesentlich von Deutschen
als dem maßgebenden Element bedeckt ist,
folgendes Bild: „Es ist eine offenkundige
Tatsache, daß wir den Fortschritt des Staates
wesentlich den Deutschen und Italienern verdanken,
in weit höherem Grade jedoch den ersteren als den
letzteren. Für uns steht es außer Zweifel, daß der
amerikanische Imperialismus eine größere Gefahr
darstellt als der deutsche Ehrgeiz, von dem so viel
geredet wird... Wir haben noch keinen Konflikt
mit dem Lande Mollies gehabt...“

W—s.

Dom Balkan.

Wie das Österreichische Bureau in London erfährt,
werden die Botschafter ihren Regierungen eine
neue Note an die Türkei vorzulegen; ob eine
Kollektion oder nicht, ist noch nicht
entschieden. Die Note wird von neuen die
Auhmerksamkeit der Worte auf den Beschluß der
Mächte lenken, der Grenze Gnos-Midia zu ver-
schaffen. Obgleich man unbestimmt von einer Flotten-
demonstration und anderen Mitteln, einen Druck
auf die Türkei auszuüben, gesprochen hat, ist
der Donnerstag-Konferenz kein Vorschlag gemacht
worden. Einzelne Diplomaten glauben, daß ein
Druck finanziellen Charakters genügen wird. Der
Standpunkt Anstlands unterscheidet sich von dem
der anderen Mächte insofern der Sonderinteressen
Anstlands. Anstland erklärt, keineswegs die Wieder-
herstellung der ottomanischen Herrschaft in dem Gebiete
zulassen zu können, aus dem die Türken schon
vertrieben waren. Anstland wird also gezwungen
sein, eine Aktion zu unternehmen, die den Zweck ver-
folgt, den Rückzug der türkischen Truppen sicherzu-
stellen. Man glaubt, daß diese Aktion gemeinsam
unternommen werden wird; jedenfalls aber ist An-
stland der Ansicht, daß nichts geschehen wird, was Un-
einigkeit unter den Mächten herbeiführen könnte.

Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Bukarest von
besonderer Seite gemeldet, daß der Schritt, den
Oesterreich-Ungarn in Athen und Belgrad unter-
nommen hat, um die sofortige Einstellung der Feinds-
eligkeiten zu erlangen, in vollem Einverständnis
mit der rumänischen Regierung erfolgt sei.
Das ist aber keineswegs als eine Bestätigung der
Meldung über die Erteilung eines europäischen
Mandats an Rumänien gegen die Türkei anzusehen.
Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß Rumänien
ein solches Mandat für sich wünscht; allerdings aber
geht aus dem Telegramm des Königs Karl von Ru-
mänien an den Sultan hervor, daß die rumänische
Politik auch gegenüber der Türkei freie Hand hat,
und daß die Worte für die Weiterführung
ihrer thrazischen Politik bei Rumänien keine
Unterstützung finden wird. Ebenjowenig haben sich
Griechenland und Serbien bisher zur Anerkennung neuer
türkischer Grenzgeschichten in Thrazien verpflichtet
und bei den Großmächten herauf, auch wenn in
Konstantinopel keine unmittelbaren Zwangsmaßnahmen
beschlossen worden sind, doch nur eine Stimme darüber,
daß die in Konstantinopel betriebene Politik der Ab-
sicherung gegen europäische Beschlüsse unterbunden